

# WISO

## KURZBERICHTE

Keine Experimente

118

*Rainer Bartel*

*a. o. Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz*

---

**Auszug aus WISO 3/2009**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

---

Volksgartenstraße 40  
A-4020 Linz, Austria  
Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**115**

### Keine Experimente

Unter dem Eindruck der neuen Weltwirtschaftskrise oder der durch sie gefährdeten Eigeninteressen protestieren freilich nur die eingefleischtesten BefürworterInnen des freien Marktes gegen die aktuellen rettenden Staatseingriffe (Haftungsübernahmen, Liquiditätszufuhr, Ausgabenprogramme, Steuersenkungen). Allerdings lässt der Mainstream der letzten drei Jahrzehnte (die Mehrheit der ÖkonomInnen und PolitikerInnen im neoliberalen System) merken, dass das System nach der Krise im Wesentlichen so weitergehen soll wie zuvor – bloß mit einer etwas verstärkten Kontrolle der AnbieterInnen auf dem Finanzmarkt und der Empfehlung ein wenig erhöhter Eigenkapitalerfordernisse. Noch ist offenbar der Glaube vorherrschend, diese Krise wäre eine, die ohnehin nur einmal im Leben vorkommt, und man selbst komme mit einigem Glück ungeschoren davon.

Da aber die jetzige Krise mit Hilfe der Modelle des Mainstreams, geprägt durch Realitätsferne, durch Gleichgewicht und Selbststabilisierung der Märkte, nicht erklärbar ist, stellen sich diese Modelle besonders jetzt als fragwürdig dar.<sup>1</sup> Sollen nicht doch, statt der üblichen, endlich jene Denkweisen aufgegriffen und beachtet werden, nach deren Aussagen eine erdrutschartige Destabilisierung der Wirtschaft prinzipiell vorstellbar ist, selbst wenn Krisen in solch riesigen Ausmaßen weder zwangsläufig noch relativ oft vorkommen müssen?<sup>2</sup> Doch der wissenschaftliche Mainstream möchte seine (Gleichgewichts-)Modelle retten, die die Stabilität und Harmonie freier (Finanz-)Märkte zum Ausdruck bringen. Zudem lassen sich aus ihnen jene Schlussfolgerungen ableiten, die den politischen Mainstream stützen. Allzu scharfe Kritik seitens der Wissenschaft wird interessenpolitisch nicht geduldet.<sup>3</sup>

„Laut den Beschlüssen des letzten G-20-Gipfels im April 2009 genügt es, die bestehende Finanzordnung mit verstärkter Regulierung von Finanzmarktakteuren wie Hedge-Fonds oder Rating-Agenturen zu adaptieren. Die gegenwärtige Krise ist jedoch kein kurzzeitiger Betriebsunfall, sondern Ausdruck einer Strukturkrise der derzeitigen Weltwirtschaftsordnung. Wenn die Krise nicht nur für eine kleine Elite gelöst werden soll, braucht es grundlegende Maßnahmen zur Überwindung der weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte, der Instabilität des Finanzsektors sowie der globalen ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung.“<sup>4</sup> Daraus lassen sich – im Verbund mit der großen Unzufriedenheit der Bevölkerung – auch die breit gefächerten Änderungsvorschläge für die Wirtschaftspolitik erklären.<sup>5</sup>

Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas – Musterschüler der neoliberalen Schule der Wirtschaftspolitik – sind längst in der nicht so schönen und so nicht erhofften Realität neoliberaler Marktwirtschaft gelandet. Nach massiven Einkommenseinbrüchen sind sie nun auf einem durchschnittlich 25 % höheren Wohlstandsniveau als 1990, aber mit ihrer Lebenszufriedenheit immer noch darunter. Denn Arbeits-, Gesundheits- und Familienverhältnisse haben unter dem Wirtschafts- und Lebensstil mehr gelitten, als sie vom Wohlstandszuwachs profitiert haben.<sup>6</sup> Ähnliches ist für die Erwartungen und Enttäuschungen der Menschen anzunehmen, die ihre Hoffnungen auf die „andere Politik“ setzten, die hierzulande Mitte der 1980er-Jahre in die Bundesregierungen Einzug hielt. Vermögensverluste gab es weltweit auch oder gerade für die Opfer: NichtspekulantInnen, Einkommenseinbußen primär bei Arbeitslosen und KurzarbeiterInnen.

Freilich stellt sich in schweren Krisen die Frage nach radikalen Systemalternativen. Die Versuchung grundlegender Änderungen ist, zugegeben, eine große. Doch besteht die Gefahr, in dieser Hinsicht ebenso blind für die menschliche, soziale und ökologische Realität und das in ihr Realisierbare zu werden wie der Neoliberalismus mit seinem Modellplatonismus; d. h., wir können die Realität nicht wirklich ergründen, daher entwerfen wir von ihr schattenhafte Abbilder, die vielleicht funktionieren könnten, wenn wir uns ihnen bedingungslos in unserem Verhalten unterwerfen. Das würde bedeuten, die menschliche Realität vollkommen an die wirtschaftswissenschaftlichen Vorstellungen anzupassen, wie im perfekten Markt – der nicht existiert oder gar nicht existieren kann.<sup>7</sup>

Vielmehr müssen wir mit dem Menschen und für den Menschen rechnen, um für ihn ein bestmögliches soziales und natürliches Umfeld zu gestalten. Wir können somit nicht davon ausgehen, dass eine ausreichende Zahl „guter Menschen“ sich gleichsam von heute auf morgen altruistisch statt egoistisch verhält. Wir sind nun einmal gesellschaftlich als IndividualistInnen und KonkurrentInnen grundlegend geprägt worden. Moralische Appelle werden daher ebenso wenig oder langsam fruchten, wie diktierte Radikalreformen die Gesellschaft nachhaltig und fundamental wandeln können (vgl. den ehemaligen „Ostblock“).

Ein neuer, neuartiger gesellschaftlicher Grundkonsens und ein ebensolcher Gesellschaftsvertrag werden nur allmählich und vielleicht zu spät Wirklichkeit werden und Wirkung zeigen. Für die

Zeit bis dahin sei vorgeschlagen, das Individuum so weit wie möglich frei agieren zu lassen und das freie politische Mandat so weit wie nötig wahrzunehmen, um den Ablauf und die Ergebnisse der Marktwirtschaft solidarisch und effektiv zu korrigieren: volkswirtschaftlich effizient, sozial fair und ökologisch vertretbar. Was wären Alternativen dazu?

Da wird einmal der Wachstumsverzicht befürwortet – mit dem Ziel, auf den Finanzmarkt verzichten zu können, weil er dann nicht mehr die für das Wirtschaftswachstum nötigen Investitionen finanzieren muss. Doch selbst ein Nullwachstum (eine so genannte stationäre Wirtschaft) bedarf der Investitionen, und es wäre ein realwirtschaftlicher Hemmschuh, müssten diese Investitionen allein durch Innen- und Eigenfinanzierung (Abschreibungen als unternehmenseigene Ersparnis) ermöglicht werden. Auf der anderen Seite entstehen in der Regel sehr wohl Ersparnisse: Neben den einbehaltenen Gewinnen gibt es unweigerlich das nicht konsumierte Einkommen der Privathaushalte sowie die staatlichen Budgetüberschüsse (vorzugsweise in Hochkonjunkturphasen). Sie alle dienen schließlich der Finanzierung privater Investitionen (wozu sonst?).

Da setzt der Vorschlag an, die Geldhaltung zu besteuern oder die Gültigkeitsdauer von Geld zu beschränken (die ungültig zu machenden Banknoten werden durch Los ermittelt), um die Menschen vom Sparen abzuhalten. Doch auf individueller Ebene ist Sparen oft nützlich und beruhigend und mitunter notwendig, um einst größere Anschaffungen tätigen zu können. Noch dazu ist Geld ein Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel, das für die Produktivität der arbeitsteiligen Wirtschaft eine Grundvoraussetzung ist. Daher sollte unsere Geldwirtschaft (die Verwendung von Geld für heutige und künftige Zahlungen, nicht zu verwechseln mit dem Finanzmarkt als Institution zur Vermögensmaximierung) nicht verunsichert, verkompliziert und folglich nicht ineffizient gemacht werden. Es käme nämlich auf die Restlaufzeit (restliche Gültigkeitsdauer) des jeweiligen Geldes an (es würde inhomogen); demnach würden sich Geldmärkte mit verschiedenen Restlaufzeiten und Preisverhältnissen herausbilden.<sup>8</sup> Vielmehr soll einerseits Geld der „Schmierstoff für das realwirtschaftliche Getriebe“ sein, andererseits soll wirtschaftspolitisch „Sand ins Getriebe“ der hochspekulativen Finanzmärkte gebracht werden.

Aber sollte, wie auch vorgeschlagen wurde, die Verzinsung auf dem Finanzmarkt abgeschafft werden, würden die Geldmärkte wie die anderen Teile des Finanzmarktes allein auf Spekulation

zur Wertmaximierung ausgerichtet sein (und nicht auf Verzinsung als eine Belohnung dafür, dass man durch die Veranlagung der Ersparnis weniger liquide wird). Warum die Sache daher nicht einfacher belassen und die Finanzmärkte auf ihre Finanzierungsfunktion für die Realwirtschaft verpflichten, die Zinssätze staatlich steuern, die hohen Ersparnisse der Unternehmen und der Privaten steuerlich abschöpfen und in volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitiken i. w. S. (Infrastrukturausbau und -erhaltung, Sach- und Humankapitalförderung) kanalisieren?

Darüber hinaus ist aufgrund von technisch-organisatorischem Fortschritt Nullwachstum mit einer trendmäßigen Erhöhung der Arbeitslosigkeit verbunden („Okuns Gesetz“). Arbeit sparender (oder neutraler) technischer Fortschritt benötigt immer weniger Arbeit, die bei einem Nullwachstum eben nicht in Wachstumsbereiche ausweichen kann, sondern in Arbeitslosigkeit münden muss. Allein unter diesem Aspekt ist Nullwachstum ohne eine entsprechend hohe allgemeine Arbeitszeitverkürzung (schon aus Gründen der Aufrechterhaltung der Güternachfrage mit Lohnausgleich und erst gar wegen der gerechten Gleichverteilung von Arbeit) sozial nicht vertretbar.

Auch aus einem anderen Grund erscheint Stagnation der Wirtschaft problematisch. Wie sollten nämlich ärmere Länder ihren ökonomischen Entwicklungsrückstand aufholen können? Oder sollten den erwünschten immensen Wohlstandsgewinnen der ärmeren Länder ebenso hohe unerwünschte Wohlstandsverluste der reicheren Länder gegenüberstehen? Abgesehen vom Problem der Realisierbarkeit würde dies bedeuten, relativ effiziente Produktionsbereiche im „Norden“ aufzugeben und dadurch das Wohlstandsniveau insgesamt zu beeinträchtigen. Vielmehr sollte in den hoch produktiven Bereichen die relativ hohe Wertschöpfung steuerlich ausgenutzt und für sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit (Hilfe zur Selbsthilfe) verausgabt werden. Ebenso sollte den aufkommenden Wirtschaften und neuen Weltmarktteilnehmerländern der Marktzugang zu den reicheren Ländern tatsächlich geöffnet werden, als ihnen die Öffnung ihrer Heimmärkte für Agrar- und Industriegüter des „Nordens“ abzurufen. Anders können die ärmeren Länder offenbar nicht aufholen.

Mit einem Wort: Eine „neue Bescheidenheit“ soll zu keinem Rückgang des Wohlstands und zu keiner Verschlechterung der Lebensqualität führen, insbesondere nicht auf Kosten von Minderheiten: Erwerbsarbeitslose, wirtschaftlich Benachteiligte, sozial Marginalisierte, „Entmächtigte“ („disempowered“) und Entrech-

tete. Folglich sind Expansion und Verbesserung immer noch der gangbarste Weg.

Freilich kommt es entscheidend darauf an, was expandiert und ob die Verbesserung nicht nur den Wohlstand steigert, sondern auch das Wohlergehen erhöht und die Nachhaltigkeit sichert. Gerade in einer reichen Welt mit großer Ungleichheit und viel Armut und Elend sollen personenbezogene Dienste Vorrang bekommen. Und gerade in einer Welt der mehr oder minder großen Massenarbeitslosigkeit ist die Nachfrage nach den arbeitsintensiven persönlichen Diensten für nachhaltiges Wachstum und zugleich hohe Beschäftigung prädestiniert.

Allerdings wollen sich einige nicht mehr auf die wirtschaftspolitischen Korrektur- und Gestaltungsmöglichkeiten verlassen und bevorzugen einen grundlegenden Systemwechsel von der Tauschwirtschaft (Marktwirtschaft) zur „Schenkwirtschaft“: von einer menschenfeindlichen, am Ich orientierten Denkweise (ich will haben, ich will dich übertreffen/überevorteilen, ich sehe die Ware und nicht den Menschen) hin zu einer auf das Du ausgerichteten Einstellung und Verhaltensweise (ich will geben, ich will dir helfen, der Mensch kommt vor der Ware – und das schließt den Markt aus). Über die Subsistenzwirtschaft (Produktion zur Selbstversorgung) hinaus beruht die Güterversorgung auf dem Verschenken der eigenen Produktionsüberschüsse.

Doch wie wollen die fundamentalen SystemkritikerInnen diesen revolutionären Zustand effektiv, effizient und ohne Zwang erreichen? Gerade indem sie die Gleichwertigkeit der Menschen besonders betonen und Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse ausschließen, dürften Koordination und Organisation der gesellschaftlichen Willensbildung und die Nutzung des Systemwandels äußerst schwierig sein. Es beschränkt sich doch die Kooperations-, Hilfs- und Schenkbereitschaft vieler Menschen im Wesentlichen auf Beziehungen in überschaubaren Gruppen, die von persönlicher Sympathie und unmittelbarem Aufeinander-angewiesen-Sein getragen werden.

Räumlich oder zeitlich begrenzt und ergänzend zum Marktprinzip mögen all diese bei den tiefsten Wurzeln des Systems ansetzenden Alternativen jeweils im Einzelnen Verbesserungen bringen (wie auch die punktuellen Erfahrungen zeigen). Für einen gesamtgesellschaftlichen Systemwandel, der mit annehmbar hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Ergebnisverbesserung führt, scheinen jedoch die Funktionsvoraussetzungen (noch?) zu fehlen. Friedensnobel-

preisträger und UNO-Klimaratsvorsitzender Rajendra Pachauri meint immerhin: „Das heißt aber nicht, dass wir alle schönen Sachen aufgeben müssen. Kleinere Änderungen im Alltagsablauf genügen schon.“ Doch das gilt auch für den traditionelleren, freilich oberflächlicheren, aber vielfältigen und sicherer umzusetzenden Ansatz. Das wirtschaftspolitische Instrumentarium ist vorhanden, wir brauchen es nur anders einzusetzen, um vom Neoliberalismus zu einer solidarischen Wirtschaftspolitik zu gelangen.<sup>10</sup> Daher: keine Experimente, bitte!

### Anmerkungen:

- 1 Auch generell wird der Modellbau der Gleichgewichtstheorie scharf kritisiert, bis hin zu logischen Ungereimtheiten und genereller Ablehnung. Vgl. z. B. jüngst Sewell, W. H. Jr., The temporalities of capitalism, in: Socio-Economic Review, Heft 3/2008, S. 517 ff.
- 2 Zum Beispiel Minsky, H. P., The Financial Instability Hypothesis, in: The Jerome Levy Economics Institute Working Papers, Heft 74/1992, <http://www.levy.org/pubs/wp74.pdf>  
Zudem zeigten Buch u. a. empirisch, dass sich von 1971 bis 2005 für deutsche Firmen zwar die konjunkturelle Instabilität tendenziell verringert hätte, was jedoch unabhängig davon speziell auf der Umsatzebene des einzelnen Unternehmens nicht zutrefte. Buch, C. M., Doepke, J., Stahn, K., Great Moderation at the Firm Level? Unconditional vs. Conditional Output Volatility, in: The B. E. Journal of Economic Analysis & Policy, Heft 1/2009, Artikel 20
- 3 „Die Industriellenvereinigung wird ihren jährlichen Beitrag an das Wifo drastisch zusammenstutzen. (...) In den vergangenen Wochen habe es unter den Mitgliedern einen regelrechten Aufruhr zum Thema Wifo-Finanzierung gegeben. Tenor: ‚Warum finanzieren wir die Verbreitung von linker Ideologie durch das Wifo überhaupt noch?‘ (...) Die Industriellenvereinigung verweigerte gestern aber jeden Kommentar zu der Angelegenheit. (...) Die Sache ist auch denkbar delikat: Finanziellen Druck auf Wirtschaftsforscher auszuüben, galt immer schon als No-go. Mit den großzügigen und politisch breit gestreuten Donationen soll denn auch politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Objektivität des Wirtschaftsforschungsinstituts gewährleistet werden. Gerade bei der Unabhängigkeit hapert es jedoch, meinen neuerdings einige Finanziers – Finanziers aus der ‚schwarzen‘ Reichshälfte: Wifo-Chef Aiginger habe seine Mitarbeiter schlichtweg nicht mehr im Griff, wird kritisiert. Vor allem die prononciert ‚roten‘ Wifo-Experten würden sich in der Öffentlichkeit ständig zu Wort melden – mit politisch eindeutigen Botschaften. (...) Eine Argumentation, der nicht alle Wifo-Finanziers folgen können: Die Wifo-Mitarbeiter würden allein kraft ihrer Prominenz von der Öffentlichkeit mit dem Wifo in Zusammenhang gebracht werden. Und damit würde beispielsweise der Forderung nach einer ‚Reichensteuer‘ automatisch ein ‚wissenschaftlicher Touch‘ gegeben. Für das Wifo wird die Sache jedenfalls schön langsam problematisch – aus finanzieller und imagepolitischer Sicht: Nicht nur das Finanzministerium und die Industriellenvereinigung halten sich beim Geldfluss an das Wifo zurück. Raiffeisen hat schon vor Wochen die Zahlungen an das Wifo gänzlich eingestellt.“ Kordik, H., „Verbreitung linker Ideologie“: Weniger Geld für Wifo, in: Die Presse, 6.6.2009, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/484977/index.do>
- 4 Küblböck, K., Eine neue globale Finanzordnung ist nötig, in: Der Standard, 24.6.2009, <http://derstandard.at/fs/1245819969289/Eine-neue-globale-Finanzordnung-ist-noetig>:

## Kurzbericht – Rainer Bartel

- 5 Bartel, R., Die Weltwirtschaftskrise und ihr politischer Auftrag, in: WISO, Heft 3/2009
- 6 Easterlin, R. A., Lost in transition: Life satisfaction on the road to capitalism, in: Journal of Economic Behavior & Organization, Heft 2/2009, S. 130 ff.
- 7 Bartel, R., Diametric images of the economy – cause and consequences, Arbeitspapier, Johannes Kepler Universität Linz 2000, [www.econ.jku.at/members/bartel/files/Images.pdf](http://www.econ.jku.at/members/bartel/files/Images.pdf)
- 8 Stellen wir uns vor, dass jeder der 50 US-Bundesstaaten seinen eigenen Dollar hätte, vom Texas-Dollar bis zum Alaska-Dollar. Das ergäbe 1225 bilaterale Wechselkurse allein in den USA ( $1225 = ((50*50)-50)/2$ ).
- 9 Rajendra Pachauri im Interview, in: Der Standard, 23.6.2009, <http://derstandard.at/fs/1245670004159/Interview-Klimawandel-schlimmer-als-Krise>
- 10 Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik, Wien 2006



INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)